

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 898 Postulat Sager Stephanie und Mit. für ein Datenmonitoring zur Gewährleistung der Bildungsqualität aufgrund des akuten Lehrpersonenmangels / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Stephanie Sager hält an ihrem Postulat fest.

Stephanie Sager: Kurz vor den Sommerferien war in den Zeitungen zu lesen, wie im Kanton Luzern die Stellen an den Schulen besetzt werden müssen. Es wird der Rektor der Stadtschulen Luzern zitiert: «Wir mussten Lösungen suchen, die früher kaum denkbar gewesen wären.» Er sagt dann, dass zum Beispiel Assistenzen Stellen als Klassenlehrpersonen übernehmen mussten, und er wird gefragt: «Muss man somit bei der Qualität des Unterrichts Abstriche machen?», worauf er mit Jein antwortet. Es gebe durchaus Perlen unter diesen Steileinsteigerinnen und -einsteigern, aber dies sei eben nicht die Regel. Diese Stellen, die vor den Ferien noch frei waren, wurden nun also durch Praktikantinnen und Praktikanten als Klassenlehrpersonen, durch Klassenassistentinnen und -assistenten als Heilpädagoginnen und Heilpädagogen oder durch Leute aus ganz anderen Berufsfeldern besetzt, die einfach Lust haben, ein bisschen zu unterrichten. Sie können sich selbst ausmalen, wie die Lage bei kleineren Schulen auf dem Land vor den Ferien aussah. Dort war es noch um einiges angespannter als bei den Stadtschulen. Ich weiss von etlichen Stellen, die nun durch unausgebildete Lehrpersonen besetzt wurden, und ich weiss auch, dass es kein Zuckerschlecken ist, ohne jegliche pädagogische Ausbildung in einen solchen Beruf einzusteigen. So habe ich erst kürzlich mit einer jungen Frau, einer Steileinsteigerin, gesprochen, die ohne Ausbildung eine Stelle im Kindergarten angenommen hat. Sie meinte, es sei sehr, sehr streng, und sie hätte sich diesen Schritt doch etwas besser überlegen sollen. Sie wisse nicht, wie lange sie es noch durchhalten werde. Es ist auch kein Zuckerschlecken, eine solche Steileinsteigerin im Team mitzutragen. Es fehlt teilweise an grundlegendem Wissen und an Fertigkeiten, welche in einer pädagogischen Ausbildung erlernt werden. Ich weiss nicht, wie Sie das sehen, aber ich finde auch, dass die Kinder und Jugendlichen in unserem Kanton eine gute Bildung, gut ausgebildete Lehrpersonen und ein pädagogisch versiertes Umfeld erwarten dürfen, Leute, die nicht sofort überfordert sind und abzuspringen gedenken. Sie gehen sicher mit mir einig, dass die Bildung eines unserer wichtigsten Güter ist. Die Qualität der Bildung soll nicht sinken, weil wir es unnötig oder zu teuer finden, die Lage zu beobachten. Es ist unsere Aufgabe, gute Bildung zu gewährleisten und sie sicherzustellen. Mir genügt ein Jein eben nicht. Deshalb finde ich es sehr wichtig, die momentane Situation zu analysieren und zu schauen, wie diese Stellen an den Luzerner

Schulen nun besetzt wurden und werden. Ein Monitoring heisst eben, den Fachkräftemangel im Bildungsbereich ohne Scheuklappen anzuschauen. Daten über die Bildungsabschlüsse können sehr wohl erhoben werden, wenn man es will. Diese liegen bei den Schulleitungen in Form des Personaldossiers bereits vor. Der Aufwand wäre deshalb nicht ausserordentlich hoch. Der Kanton Solothurn wagt übrigens diesen Schritt und strebt ein regelmässiges Monitoring der Stellenbesetzungen an. Seine Begründung lautet, dass solide Fakten als Basis für die Debatte um den Lehrpersonenmangel unumgänglich sind. Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen.

Angelina Spörri: Jedes Jahr vor den Sommerferien fehlt es im Kanton Luzern an Klassenlehrpersonen sowie an Fach- und Förderlehrpersonen. Jedes Jahr heisst es seitens der Dienststelle Volksschulbildung (DVS), dass zwar mit grossem Aufwand, aber schlussendlich erfolgreich fast alle Stellen besetzt werden konnten. Alles gut? Mit diversen Anfragen hat unser Rat schon versucht herauszufinden, wer genau diese Lücken gefüllt hat, welche pädagogische und didaktische Ausbildung sie haben oder wann und wie sie sich verpflichtet haben, diese nachzuholen. Die Antworten des Bildungs- und Kulturdepartementes (BKD) zu all diesen gestellten Fragen sind eher ungenau und ausweichend, und gewisse Daten sind schlicht nicht bekannt. Die GLP-Fraktion würdigt die Arbeit der DVS, mittels Arbeitsgruppen die Lage zu beobachten und intensiv nach Lösungen zu suchen. Wir sind aber überzeugt, dass man hier ganz genau hinschauen muss, wer was und wo unterrichtet und welchen Ausbildungsstand diese Personen haben. Quereinsteiger einzustellen, ist eine super Sache, bringen sie doch vielfältige Erfahrungen mit. Studierende der Pädagogischen Hochschule (PH) bereits vor Abschluss an den Schulen einzustellen, ist auch eine super Sache. Theorie und Praxis sind hier besonders nah. Beide sind aber keine oder noch keine Fachpersonen. Es fehlt ihnen an Erfahrung, und sie benötigen viel Unterstützung von Lehrpersonen und Schulleitungen. Es spielt für eine Schule also eine grosse Rolle, wie fachdidaktisch und pädagogisch erfahren die unterrichtenden Personen sind oder eben nicht. Wir sind überzeugt, dass sich der Mehraufwand für die Schulen und die DVS lohnt, nicht zuletzt im Wissen, dass wir im Bildungssystem noch eine längere Zeit mit dem Mangel an Fachpersonen rechnen müssen. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Karin Andrea Stadelmann: Wir haben einen Fachkräfte- und einen Lehrpersonenmangel. Als Forscherin habe ich grosse Sympathien für das Postulat, denn Daten sprechen oft eine sehr klare Sprache, und Daten und Grafiken sind angenehmer zu lesen als viel Text, ich denke dabei insbesondere an den Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Wir alle mögen ja Zahlen und Fakten. Hier müssen wir auch erkennen, dass, wenn wir diese Erhebung machen, wir insbesondere jene Personen mit einem Mehraufwand belasten, die bereits schon seit Monaten oder gar Jahren dafür kämpfen, dass sie ihre pädagogische Arbeit mit unserer zukünftigen Generation, mit Kindern und Jugendlichen, einbringen können. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass eine Fachgruppe eingesetzt wurde und diese ihre Arbeit sehr genau nimmt. Sie versucht, Fachkriterien einfliessen zu lassen, und unterstützt Entscheidungen, wer wo eingestellt wird und wer wo in Zukunft als Lehrperson tätig ist. Wenn wir dem Postulat zustimmen, würden diese Fachgruppe oder weitere Personen aus dem BKD und Lehrpersonen, Lehrverbände sowie Schulleitungen damit belastet, Fakten und Daten liefern zu müssen. Es ist sicherlich gut, und alles, was zählbar ist, sollte sich auch auszahlen. Aber mit diesem Postulat werden wir wohl mehr Administration generieren, als wir am Schluss eigentlich bekommen. Wir sollten doch Lehrpersonen einsetzen können, die ihre Kernaufgabe – die pädagogische Arbeit – wahrnehmen können. Es stehen noch einige politische Vorstösse zur Diskussion, die sich auf die Arbeitsbedingungen, die Umsetzung und die Einstellungsbedingungen fokussieren. Wir sollten unseren Fokus auf diese Vorstösse

setzen, diese überweisen und uns einem Massnahmenplan zuwenden. Jetzt ein Monitoring zu fordern, ist der falsche Zeitpunkt. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir möchten uns auf die Qualität der pädagogischen Arbeit fokussieren.

Roger Erni: Die Regierung schreibt in ihrer Stellungnahme: «Unser Rat erachtet es als wichtig, dass möglichst alle Stellen mit ausgebildeten Lehr- und Fachpersonen besetzt werden können, da dies ein zentrales Qualitätskriterium guter Schulen ist.» Der entscheidende Satz in der Stellungnahme lautet aber: «Aufwand und Ertrag für das im Postulat geforderte Datenmonitoring stehen in einem unangemessenen Verhältnis.» Die DVS sowie die Schulleitungen tun ihr Möglichstes, um offene Stellen mit qualifizierten Personen zu besetzen. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Christa Wenger: Qualitativ gute Bildungsinstitutionen mit motivierten und vielfältig sowie methodisch gut ausgebildeten Lehrkräften müssen uns allen wichtig sein. Das ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben, und ihre Sicherstellung muss uns extrem wichtig sein. Gemäss seiner Stellungnahme ist der Regierungsrat im Grunde auch dieser Meinung. Um dem Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken, wurden verschiedene Massnahmen eingeleitet. Ein regelmässiges Monitoring würde einerseits den aktuellen Mangel an qualifizierten Lehrpersonen differenziert erfassen und andererseits auch die Auswirkungen der angedachten und zum Teil schon eingeleiteten Verbesserungsmassnahmen aufzeigen. Die Sicherstellung der Bildungsqualität verdient diesen zusätzlichen Controllingaufwand. Die Grüne Fraktion stimmt deshalb der Erheblicherklärung zu.

Urs Christian Schumacher: Bezüglich der Qualität der Bildung und der Lehrpersonen sowie des Fachkräftemangels sind wir uns sicher alle einig. Aber ein gutes Qualifikationsmonitoring hat einen zusätzlichen personellen und strukturellen Aufwand zur Folge. Es stellt sich die Frage, wer und wozu jemand Zugriff auf diese Daten haben soll. Nicht hochqualifiziert im Sinn von Abschlüssen und Diplomen heisst nicht auch, dass eine Lehrkraft ungenügende pädagogische und fachliche Fähigkeiten hat. Wenn ein Qualitätsmonitoring erfolgen soll, dann müsste bei den Schülern und der Elternschaft eher ein regelmässiger Lehrer-Benchmark eingeholt werden. In Bezug auf den Lehrermangel leistet ein Qualifikationsmonitoring keinen Beitrag und verbessert die Situation nicht. Im Gegenteil, eine solche Überwachungsmassnahme könnte auf Quereinsteiger sogar eine abstossende Wirkung haben. Über die diversen Unterstützungsangebote für Quereinsteiger werden wir uns ja noch unterhalten. Diese Massnahme des Qualifikationsmonitorings lehnt die SVP-Fraktion ab.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Bezüglich der Ausgangslage kann ich Stephanie Sager ganz klar beruhigen: Bei der Qualität machen wir keine Kompromisse. Es ist nicht die Absicht der Regierung, das Problem des Lehrpersonenmangels durch die Anstellung von nicht ausreichend qualifizierten Lehrpersonen zu lösen. Die Regierung hat sich vielmehr zur Stossrichtung ausgesprochen und wird bald ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung dieses Lehrpersonenmangels präsentieren. Dieses Phänomen beginnt erst jetzt, und es wird sich in den nächsten Jahren mit der Pensionierung der Babyboomer akzentuieren. Wir müssen jetzt die grossen Projekte starten, damit wir rechtzeitig bereit sind. Eine der zentralen Fragen wird sein, woher diese Lehrpersonen kommen. Kommen sie aus anderen Kantonen? Kommen sie aus anderen Branchen? Erhöhen die bisherigen Lehrpersonen ihre Pensen? Je nachdem, welche Strategie wir wählen, sind die Massnahmen anders. Aber egal, welche Massnahmen wir auch wählen: Dieses Datenmonitoring ist aus unserer Sicht kein sinnvolles Instrument, um dem Problem Herr zu werden. Aufwand und Ertrag stimmen nicht überein. Es wäre auch nicht eine einmalige Erfassung, sondern eine Daueraufgabe. Ein solches System zu pflegen, ist aufwendig. Es müsste von Personen gemacht werden, die heute schon am Anschlag sind; das

hat Karin Andrea Stadelmann richtig gesagt. Wir haben heute Einzelfälle, in denen nicht ausreichend qualifizierte Personen angestellt werden müssen. Dort ist es wichtig, dass diese Defizite durch andere Massnahmen kompensiert werden. Es ist ebenso wichtig, dass wir diese Personen zwingen, sich rasch nachzuqualifizieren. So fangen wir das Problem auf. Wir haben eine klare Strategie. Das Datenmonitoring ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 70 zu 34 Stimmen ab.